



Die Stadtverordnetenversammlung

Tagesordnung I Punkt 23 der öffentlichen Sitzung am 13. Februar 2025

Vorlagen-Nr. 24-V-50-0017

Bericht "Geflüchtete Menschen in Wiesbaden - Daten, Hintergründe und zentrale Aspekte der Unterbringung" 2024

Ergänzungsantrag der Fraktionen von FDP und CDU zu TOP II/5 (Bericht "Geflüchtete Menschen in Wiesbaden - Daten, Hintergründe und zentrale Aspekte der Unterbringung" 2024) der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 13. Februar 2025

Bezahlkarte: Linksbündnis erleidet Schiffbruch - Wiesbaden muss sich an Landesregelung halten

Der Ausschuss für Soziales, Integration, Wohnen, Kinder, Familie hat am 29. Januar 2025 mit den Stimmen von Grünen, SPD, Linke und Volt den Magistrat beauftragt, darauf hinzuwirken, in Wiesbaden eine unbegrenzte Bargeldabhebung mit der Bezahlkarte für Geflüchtete zu ermöglichen.

Unabhängig der Frage, ob der Ausschuss hier im Rahmen seiner Organkompetenz gehandelt hat, fordert der Antrag den Magistrat zu einem rechtswidrigen Handeln auf, in dem dieser - über die Grenzen seines Ermessens hinaus - eine unbegrenzte Geldauszahlung von der Bezahlkarte ermöglichen soll.

Nachdem der Antrag des Ausschusses nicht der Stadtverordnetenversammlung zur Bestätigung vorgelegt wird, verbleibt nur die Möglichkeit den Beschluss des Sozialausschuss durch einen Beschluss der Stadtverordnetenversammlung aufzuheben.

Diese Rechtsauffassung wird nunmehr auch durch die Hessische Sozialministerin Heike Hofmann (SPD) geteilt. Diese hat durch die Pressemitteilung vom heutigen Tag deutlich gemacht: "Für Alleingänge ist bei der Einführung der Bezahlkarte kein Platz! Die Voraussetzungen für ein Abweichen vom vorgesehenen verfügbaren Barbetrag von 50 Euro sind nach unserer Einschätzung in Wiesbaden nicht gegeben - geschweige denn dafür, gänzlich auf eine Beschränkung zu verzichten", so die hessische Sozialministerin.

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Die Beschlussempfehlung wird wie folgt ergänzt:

2.2 Der Beschlusspunkt drei des Beschlusses Nr. 0006 des Ausschusses für Soziales, Integration, Wohnen, Kinder, Familie vom 29. Januar 2025 mit dem Titel „Einführung Bezahlkarte“ wird aufgehoben.

2.3 Der Magistrat wird gebeten, die Bezahlkarte schnellstmöglich und entsprechend den Richtlinien des Landes einzuführen.

Beschluss Nr. 0050

1. Es wird zur Kenntnis genommen:

- 1.1. Ein kontinuierlicher Anstieg an geflüchteten Menschen seit dem Jahr 2016 deutlich wird und hier insbesondere zwischen den Jahren 2021 und 2022 erkennbar ist.
- 1.2. Im Jahr 2023 11.661 geflüchtete Menschen in Wiesbaden lebten, wovon im Dezember 2023 9.916 geflüchtete Menschen einem Rechtskreis zugeordnet werden konnten.
- 1.3. Im Falle eines Bedarfs zur Unterbringung geflüchteter Menschen wurden seitens der Kommune Unterkünfte unterschiedlicher Größe angemietet. Die Vorhaltung der Unterkünfte folgt dabei der Wiesbadener Linie. Die soziale Betreuung wird von Fachkräften der Sozialen Arbeit gewährleistet, wobei zusätzlich eine bedeutende Anzahl ehrenamtlich Helfender unterstützend tätig ist.
- 1.4. Die zuständigen Fachabteilung im Sozialleistungs- und Jobcenter und das Sozialdezernat im engen Austausch stehen, um Bedarfe und aktuelle Entwicklungen hinsichtlich des Unterbringungsmanagements abzugleichen und daraus weitere Handlungsschritte abzuleiten. Die bedarfsgerechte Vorhaltung von Unterkünften für geflüchtete und wohnungslose Menschen unterliegt durch ständig wechselnde Lagen und Zuweisungszahlen dabei einer hohen Dynamik.

2. Es wird beschlossen:

- 2.1. Der Bericht "Geflüchtete Menschen in Wiesbaden - Daten, Hintergründe und zentrale Aspekte der Unterbringung 2024" wird zur Kenntnis genommen.

3. Der Ergänzungsantrag von FDP und CDU vom 13.02.2025 ist durch die Aussprache erledigt.

(Nr. 1 und 2. antragsgemäß Ausschuss für Soziales, Integration, Wohnen, Kinder, Familie 29.01.2025 BP 0013)

Dem Magistrat
mit der Bitte um weitere Veranlassung

Wiesbaden, .02.2025

Dr. Gerhard Obermayr
Stadtverordnetenvorsteher

Der Magistrat
-16 -

Wiesbaden, .02.2025

Dezernat VI
mit der Bitte um Kenntnisnahme

Gert-Uwe Mende
Oberbürgermeister